

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller  
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN  
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI  
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 42. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53046.  
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

14. Jahrgang

Mittwoch, 9. Mai 1934

Nr. 107

## Zusammenkunft Mussolini-Barthou?

Paris, 8. Mai. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in Rom schreibt, daß sich dort dauernd das Gerücht erhält, daß es wahrscheinlich zu einer Zusammenkunft zwischen Mussolini und Barthou kommen werde.

Vielmehr wird behauptet, daß die Zusammenkunft vielleicht bei der Rückkehr Barthous aus Belgien erfolgen werde, doch glaubt man allgemein nach den in Paris eingetroffenen Informationen, daß, wenn diese Zusammenkunft überhaupt stattfindet, sie erst nach dem Besuche Barthous in Karolitz erfolgen dürfte, wohin der französische Außenminister in nächster Zeit zu reisen beabsichtigt.

Das Projekt einer solchen Zusammenkunft allein und die sympathische Aufnahme, welche die Möglichkeit einer solchen Zusammenkunft in Frankreich gefunden hat, haben in Italien angeblich den besten Eindruck hervorgerufen.

## Knapper Sieg Herriots

in der Pariser radikalsten Parteigruppe.

Paris, 8. Mai. Der gestern abends vor Aufnahme der Kongressarbeiten in Clermont Ferrand zusammengesetzte Ausschuss der Kreisvereinigung der radikalsten Partei für Paris und Umgebung nahm zuerst eine Resolution an, in welcher die Anwesenheit Herriots und der radikalsten Minister in der Regierung Doumergue verurteilt wird. Nach stürmischer Debatte gewannen aber schließlich die Vertreter der Politik des Waffenstillstandes zwischen den politischen Parteien mit knapper Mehrheit (71 gegen 66 Stimmen) die Oberhand. Die aus den übrigen Kreisen einlaufenden Resolutionen sprechen sich überwiegend für Herriot aus.

Der Parteivorstand, der vor dem Parteikongress in Clermont Ferrand zu demissionieren beabsichtigt, beschloß gestern, von diesem Plane Abstand zu nehmen. Der Kongress wird von Freitag bis Sonntag dauern. Neben der Debatte über die politischen und wirtschaftlichen Fragen bildet den Hauptpunkt des Programmes die Reorganisation der Partei von den letzten Finanzskandalen.

## Ibn Sauds Armee geschlagen?

Kairo, 8. Mai. Nachrichten aus dem Hauptquartier der Jemen-Armee zufolge haben die Truppen des Imam über jene Ibn Sauds in einer Schlacht zwischen Sada und Samta den Sieg davongetragen. Sie hätten 400 Soldaten gefangen genommen und sieben Panzerautos sowie zwei Geschütze erbeutet. 20 Panzerautos seien vernichtet worden. Prinz Ahmed el Islam, der älteste Sohn des Imam Jamja hatte den Angriffen der Truppen Sauds an der Spitze des Meeres stand. Sauds Vertreter in Kairo erklärten aber dem Berichterstatter des Reuterbüros, daß ihm von den erwähnten Kämpfen nichts bekannt sei.

## Verständigung zwischen Belgrad und Sofia

Belgrad, 8. Mai. Der feierliche Verlauf des Besuchs des Ministers des Äußeren Zeviti in Sofia wird in jugoslawischen Kreisen als eine wertvolle Bürgschaft dafür angesehen, daß die Aktion, welche die Herstellung eines engeren Nachbarverhältnisses zwischen Jugoslawien und Bulgarien zum Ziel hat, sich nicht auf den Abschluß eines mehr formellen Nichtangriffspaktes zwischen den beiden Staaten beschränken wird. In Belgrad überwiegt die Anschauung, daß durch die Sofioter Begegnung endgültig die Bahn für die vom jugoslawischen Volk schon seit Kriegsende ausdrücklich erwünschte völlige Ausöhnung der beiden verbündeten Völker freigelegt worden sei. Nachdem jetzt der direkte Meinungs-austausch zwischen Belgrad und Sofia mit Billigung der beiden Völker eingeleitet wurde, sei das Zustandekommen einer vollen Verständigung nurmehr eine Frage der Zeit, welche zur technischen Bewältigung des Verhandlungsmaterials erforderlich ist.

## Nationalsozialistischer Handstreich im Saargebiet?

Genf, 8. Mai. (DNB.) Der Generalsekretär des Völkerbundes hat am Montag den Mitgliedern des Völkerbundes zum Zwecke der Information einen Brief des Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes Koz vom 30. April 1934 zugeleitet, in dem es u. a. heißt: In einer Versammlung am 29. April 1934 der Polizeibeamtenvereinigung von Saarbrücken hat der Vorsitzende dieser Vereinigung ohne Widerspruch der 60 Beamten eine Entschliessung von ausgesprochen politischem Charakter abfassen lassen, die er am nächsten Morgen der Kommission übermitteln hat. Darin wendet sich die Vereinigung grundlos gegen die kürzlich erfolgte Einstellung von Polizeibeamten deutscher Nationalität und wendet sich zugleich gegen die etwaige Verberufung ausländischer Hilfskräfte, um die Aufrechterhaltung der Ruhe im Saargebiet zu garantieren. Es muß festgestellt werden, daß der Berliner Sender in der Lage war, schon am 21. April 1934 die erste Nachricht dieser Entschliessung zu verbreiten und daß der Annahme dieser Entschliessung eine ununterbrochene Bearbeitung durch den Funk und gewisse Zeitungen vorangegangen ist, die sich gegen die neuen Polizeibeamten richtete. Diese außerordentlichen Tatsachen genügen allein, um die genannte Kundgebung zu beleuchten. Die Regie-

rungskommission, die nicht dulden kann, daß Polizeibeamte sich zu solchen Verfehlungen gegen die Disziplin hinreichend lassen, hat die notwendigen Strafmaßnahmen ergriffen. Dieser bezeichnende Zwischenfall kann die Bedenken nur verstärken, welche die Regierungskommission schon mehrmals ausgesprochen hat. Seine möglichen Folgen scheinen ihr um so mehr einer aufmerksamen Beachtung durch den Völkerbund wert zu sein, als seit einiger Zeit im Saargebiet Gerüchte umlaufen, die von der Möglichkeit eines Handstreiches gegen das gegenwärtige Saargebiet sprechen. Die Regierungskommission, die, ohne bisher viel Gewicht auf Gerüchte zu legen, sich darauf beschränkt hat, ihren Ursprung festzustellen, sieht sich veranlaßt, ihnen eine größere Beachtung zu schenken. Im übrigen muß die ununterbrochene Agitation, die sich die Zurückziehung gewisser Elemente der Polizei zum Ziel setzt, diese Besorgnis noch verstärken. Wie dem aber auch sei und wenn derartige Pläne jemals gefaßt sein sollten, ist sie der Überzeugung, daß es eines der wirksamsten Mittel ist, um ihre Verwirklichung zu verhindern oder diese Gerüchte zum Schweigen zu bringen, die eine schon erregte öffentliche Meinung noch weiter erregen, den Völkerbund öffentlich darüber zu unterrichten, den die Saargebiet im Saargebiet vertritt.

## Neues Sprengstoffattentat in Wien

Beträchtlicher Sachschaden in einem Kaffeehaus — Ein Nazi als Täter verhaftet

Wien, 8. Mai. Wie die offizielle Gitteragentur DNB meldet, explodierte am Montag gegen 22 Uhr 30 in einem großen Kaffeehaus des Wiener Stadtzentrums, im Café „City“ im IX. Bezirk, wenige Schritte vom Gebäude der Polizeidirektion entfernt, ein Sprengkörper. Die Wirkung war außerordentlich stark. Alle Spiegelscheiben wurden zertrümmert, zahlreiche Möbelstücke beschädigt. Verletzt wurde niemand. Der Besitzer des Lokals hielt einen ihm verdächtig scheinenden Mann fest, bis die Wache kam.

Ein junger Mann, der in Begleitung eines

Mädchens bis in die späten Nachtstunden im Café gewartet hatte, hinterlegte beim Verlassen des Lokals in der Loge, die in einer Hülle befindliche Bombe, die gleich darauf explodierte. Durch den Luftdruck wurden elf große Spiegelscheiben zertrümmert und auch sonst beträchtlicher Schaden angerichtet, der auf 10.000 Schilling geschätzt wird. Der Portier, ein pensionierter Kriminalbeamter, eilte dem Täter nach und konnte ihn festlich machen, während das Mädchen flüchtete. Der Täter ist mit dem nationalsozialistischen Parteigänger Anton Gedl identisch.

## Habicht wird gerupft



„Lavoro Fascista“ bemerkte zur letzten Rundfunkrede Habichts u. a.: „Dr. Habicht wiederholt immer wieder dieselben Argumente. Er sollte seinen Reden ein für allemal den Titel geben: Thema ohne Variationen. Dann würde er vielleicht einmal die Zeit finden, über einige einfache Wahrheiten nachzudenken, z. B., daß Oesterreich unabhängig ist und unabhängig bleiben will. 2. Daß die Erhaltung der territorialen Integrität und der Unabhängigkeit Oesterreichs von grundlegender Bedeutung für die Erhaltung des Friedens Europas ist. 3. Daß Italien, Frankreich und Großbritannien einzig sind darüber, daß die Unabhängigkeit Oesterreichs zu respektieren ist und daß die drei Mächte die energischsten Mittel ergreifen werden, um diese Unabhängigkeit zu erhalten.“

## Hinter den Kulissen der Balkanpolitik

Sofia, 8. Mai. Der bulgarische Ministerpräsident Muschano w erklärte am Montag abends bei einem Essen zu Ehren des jugoslawischen Außenministers Zeviti, die bulgarische Regierung hoffe, daß es in einer Atmosphäre gemeinsamen Vertrauens möglich sein müsse, ein vollständiges Einvernehmen zwischen Bulgarien und Jugoslawien herzustellen. Der jugoslawische Außenminister Zeviti antwortete, daß die jugoslawische Regierung einer günstigen Entwicklung der Beziehungen zu Bulgarien große Bedeutung belege.

Am 10. Feber dieses Jahres haben die Außenminister der Balkanstaaten Jugoslawien, Rumänien, Griechenland und die Türkei, die Minister Zeviti, Titulescu, Maximos und Ruzhdi Bey einen Vertrag unterzeichnet, der als der sogenannte Balkanpakt bezeichnet wird. In diesem Pakt garantieren sich die Signatarmächte in erster Linie ihre gegenwärtigen Grenzen. Für die Lage am Balkan, zwar gewiß nicht mehr so verworren wie in der Vorkriegszeit, aber immer noch verworren genug, ist es vor allem kennzeichnend, daß sich Bulgarien vom Balkanpakt ausgeschlossen hat. Die Gründe hierfür liegen vor allem in der mazedonischen Frage, die seit Jahren der Janfabel zwischen Jugoslawien und Bulgarien ist. Bulgarien ist die einzige Macht auf dem Balkan, die revisionistisch eingestellt ist, oder besser gesagt, den Revisionismus offiziell pflegt, ohne tatsächlich an die Möglichkeit einer Aenderung der gegenwärtigen Grenzen in seinem Sinn glauben zu können. Aber wie ein Fiabel sitzen jeder bulgarischen Regierung die mazedonischen Terroristengruppen im Fleisch, die zu beseitigen noch keiner Regierung gelungen ist. Es ist recht bemerkenswert, daß auch in Griechenland der Balkanpakt mit gemischten Gefühlen aufgenommen wurde, obwohl gerade Griechenland für den Schutz seiner Grenzen sehr dankbar sein könnte. Im griechischen Parlament wurde ausdrücklich der Balkanpakt dahin kommentiert, daß Griechenland keinesfalls in einen Krieg mit einer Großmacht verwickelt werden dürfe. Wer hier gemeint ist, ist deutlich genug: Italien. Gewiß, Italien hat heute am Balkan weitaus weniger zu reden als noch vor wenigen Jahren, ja es ist deutlich die Tendenz zu bemerken, daß sich Mussolini aus der Balkanpolitik zurückziehen sucht, läßt er doch sogar das Staatsgebilde ureigenster Schöpfung, Albanien, finanziell im Stich. Dabei soll nicht entschieden werden, ob der Grund hierfür die chronische Krankheit fascistischer Länder (Geldmangel, die Hauptschuld trägt oder aber das starke Engagement, das Mussolini im Donauraum eingegangen ist. Im selben Maße nun, in dem sich Italien aus dem Balkan zurückzieht, im selben Maße dringt nun eine neue Macht auf dem Balkan vor, von der man eigentlich annehmen müßte, daß sie dort weder etwas verloren hat noch etwas gewinnen kann: Deutschland. Obwohl vielleicht nicht auf den ersten Blick mit aller Deutlichkeit erkennbar, hängt eines mit dem anderen innig zusammen. Die italienische Politik im Donauraum hat Italien in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung sowohl in Gegensatz zu Deutschland wie auch in ein günstiges Verhältnis zu Frankreich gebracht. Es ist dieser Umstand, der vor allem heute Italien seine Aggressivität gegen die Balkanverbündeten Frankreichs, insbesondere den Erbfeind Jugoslawien, mildern läßt. Es liegt in der Natur des Hauptobjektes, des „Mare nostrum“, wie die Italiener die Adria mit Vorliebe nennen, da Italien immer der Angreifer, Jugoslawien der Verteidiger war. Jetzt hat Italien den Griff um Jugoslawien gelockert, vielleicht wirklich nur deswegen, weil nach einem Sieg im Donauraum der Balkan sowieso der italienischen Herrschaft ausgeliefert wäre. Jugoslawien benützte diese Gelegenheit, um auf dem









